

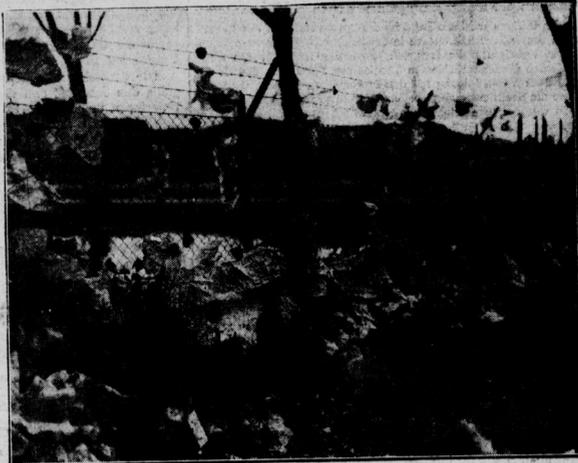
Volks-Zeitung

Der Schacht-Zwischenfall vor dem Kabinett Papageien-Sperre in Hamburg - Auto-Zusammenstoß

Über Berlin wütete der Sturm



Das Dach einer Halle im Transformatoren-Werk Lichtenberg wurde abgehoben und stürzte auf eine danebenliegende Werkstatt



Papierfetzen, vom Wind über das Tempelhofer Feld gefegt, haben sich in die Maschen eines Drahtzaunes eingepresst

Stapellauf eines Turbinendampfers

M. d. R. Imbusch

Vor 25 Jahren starb Adolf Menzel



In Kiel lief eines der neuen acht Schnellfrachtschiffe der „Hapag“ vom Stapel



Der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes tagte zum ersten Male unter seinem neuen Vorsitzenden



Eine der letzten Aufnahmen des berühmten Malers in den Strassen Berlins

Schacht-Zwischenfall vor dem Kabinett

Das unmögliche Reichsbank-Statut / Aufsichtsrechte dem Reich! / Reichsbank-Mitwirkung wird gesetzlich festgelegt

Das Reichskabinett ist heute vormittag 11 Uhr zu der angekündigten Sitzung zusammengetreten, an der auch der aus dem Haag zurückgekehrte Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Dr. Schäffer, teilnahm. Den Mittelpunkt der Kabinettsberatungen bildeten die Vorgänge im Haag und besonders die des gestrigen Tages. Wie wir erfahren, war die Regierung von dem neuen Schritt des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht vorher unterrichtet; dass sie ihn nicht gebilligt hat, braucht nicht erst ausdrücklich bemerkt zu werden. Ob die deutsche Delegation die ihr in einer Pressemeldung zugeschriebene Absicht hat, von sich aus eine Änderung des Reichsbankstatuts im Sinne der Absetzbarkeit des Reichsbankpräsidenten anzuregen, ist im Augenblick noch nicht zu sagen; es muss auch abgewartet werden, ob die Gläubigermächte nicht ihrerseits in diesem Sinne vorgehen werden. Dr. Schacht hat erklärt, er sei bereit, die Konsequenzen zu ziehen, falls der Generalrat der Reichsbank seine Haltung, die zur Ausschaltung der Reichsbank von der Beteiligung an der Bank für internationalen Zahlungsausgleich und zur Einschaltung der Preussischen Staatsbank an Stelle der Reichsbank geführt hat, nicht billigen sollte.

Im übrigen wird die Lage im Haag von Kabinett mit Zuversicht beurteilt. Insbesondere in der Sanktionsfrage werden keine Schwierigkeiten mehr erwartet. Nach der Rückkehr des französischen Ministerpräsidenten Tardieu aus Paris nach dem Haag und nach Verständigung mit den fünf anderen Mächten wird die über die Sanktionsfrage getroffene Vereinbarung sofort veröffentlicht werden; voraussichtlich wird dies schon am Mittwoch abend der Fall sein können.

Das Vorgehen Dr. Schachts hat nicht nur in den deutschen Kreisen im Haag, sondern hat auch hier in Berlin grosse Erregung hervorgerufen. Auf den ersten Blick könnte es erstaunlich erscheinen, dass die Reichsregierung trotz Kenntnis des Schachtschen Briefes nichts gegen ihn unternommen hat. Die unabhängige Stellung des Reichsbankpräsidenten musste jedoch, nachdem er als Sachverständiger für die Verhandlungen über die Bank für internationale Zahlungen bestimmt war, den Ausgang jeder gegen ihn gerichteten Aktion als zweifelhaft erscheinen lassen, zumal, wenn man die innenpolitische Konstellation in Betracht zieht. Es ist auch besser so gewesen, dass man Herrn Schacht gewähren liess, das heisst, dass man ihm erlaube, nicht nur vor der deutschen Öffentlichkeit, sondern vor aller Welt den Beweis seiner Unmöglichkeit zu liefern. Dr. Schacht besitzt nicht die Spur von politischem Fingerspitzengefühl und politischem Takt. Das hat er hier wiederholt gezeigt, und das bewies er jetzt erneut im Haag, als er die Beteiligung der Reichsbank an der Bank für internationale Zahlungen nur unter der Bedingung zusagen wollte, dass erstens England auf die Sequestrierung des deutschen Eigentums, zweitens Frankreich auf alle militärischen und politischen Sanktionen verzichte, und dass drittens der ursprüngliche Young-Plan an Stelle des durch die Haager Konferenz verfälschten Planes wiederhergestellt werde. Man bedenke: seit dem Sommer vorigen Jahres wird zwischen den an der Reparationsfrage Interessierten Mächten in Konferenzen und Komiteesitzungen intensiv verhandelt, und nun steht man unmittelbar vor dem Abschluss der Beratungen. Da tritt der deutsche Reichsbankpräsident auf den Plan und fordert den Verzicht auf alle seit der Pariser Konferenz getroffenen Abmachungen! Die ganze Arbeit soll also umsonst gewesen sein. Das konnte und durfte Herr Schacht, auch wenn er sich als Gouverneur von Deutschland fühlt, weder der deutschen Delegation und der Reichsregierung, die allein die Verantwortung für die Abmachungen im Haag trägt, zumuten, noch den Verhandlungspartnern auf der Gegenseite.

Während bisher die Angriffe gegen den Reichsbankpräsidenten lediglich aus den Parteien der Linken erfolgten, hat er durch sein ungläubliches Vorgehen im Haag jetzt sämtliche in der Koalition vertretenen Parteien, also auch die Deutsche Volkspartei, deren Minister in der Hauptsache die Verhandlungen im Haag führen, gegen sich in Harnisch gebracht.

Es wird hoffentlich nicht dabei sein Bewenden haben, dass gegen die Schachtsche Sabotagetaktik lediglich „Einspruch“ erhoben wird, und dass im übrigen alles beim alten bleibt, vielmehr ist es unbedingt notwendig, dass das Reichsbankstatut und damit die Stellung des Reichsbankpräsidenten geändert wird. Die Unabhängigkeit der Reichsbank in Währungsfragen kann unangestastet bleiben, auch wenn die Reichsregierung über das deutsche Zentralnoteninstitut gewisse notwendige Aufsichtsrechte erhält. Die bisher im Haag in Aussicht genommenen Änderungen am Reichsbankstatut genügen nicht, es müssen unter allen Umständen Sicherungen gegen einen Missbrauch der Stellung des Reichsbankpräsidenten getroffen werden. Der Zwischenfall im Haag wird auch den Gläubigermächten gezeigt haben, dass auf der Basis des gegenwärtigen Reichsbankstatuts ein erspriessliches Zusammenarbeiten zwischen Reichsregierung und Reichsbank nicht gewährleistet ist so dass dadurch die Reichsregierung auch gegenüber den Vertragspartnern unter Umständen in eine schiefe Lage kommen kann.

Die deutsche Delegation hat nun die schwierige Aufgabe, den Schaden, den Herr Schacht angerichtet hat, zu reparieren und einen Ausweg zu suchen. An Stelle der Reichsbank, die ihre Mitwirkung an der internationalen Zahlungsbank verweigert hat, soll, wie gestern im Haag vorgeschlagen wurde, eine deutsche Bankengruppe treten, und zwar sollen die Preussische Staatsbank (Seehandlung) und die Reichskreditgesellschaft die Aufgabe der

Reichsbank übernehmen. Es wäre aber auch möglich, das Reichsbankstatut dahin zu ändern, dass die Mitwirkung an der Bank für internationale Zahlungen zu den Aufgaben und Pflichten der Reichsbank gehört. Wenn Herr Schacht nicht mitmachen will, so steht es ihm frei, seinen Platz einem anderen einzuräumen, der mehr Verständnis für finanzielle und politische Notwendigkeiten hat.

Doch Mitwirkung der Reichsbank

Änderung des Reichsbankstatuts

HAAG, 14. Januar.

Um 12 Uhr deutscher Zeit wurde von der deutschen Delegation folgendes Communiqué ausgegeben:

„Die deutsche Delegation wird in der morgigen Sitzung der Konferenz die erforderlichen Schritte tun, um die Beteiligung der Reichsbank an der Bank für internationalen Zahlungsausgleich und die Mitwirkung der Reichsbank bei den Aufgaben der Bank für internationalen Zahlungsausgleich gesetzlich zu gewährleisten.“

Wie wir weiter hören, hat der Reichsbankpräsident in einer Besprechung mit dem Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer erklärt, sich selbstverständlich für diesen Fall den daraus sich ergebenden Verpflichtungen nicht zu entziehen.

Damit ist die Mitwirkung der Reichsbank gesichert.“

Ein Bankdirektor gegen 19 Regierungen

Pariser Kommentare zum Schacht-Bombenwurf

PARIS, 14. Januar.

„Dr. Schacht hat versucht, die Haager Konferenz zu torpedieren“, Dr. Schacht hat die erwartete Bombe platzen lassen“, „Ein neuer toller Streich des Dr. Schacht auf der Haager Konferenz“, Dr. Schacht ruft einen Zwischenfall im Haag hervor.“

So lauten heute in den Pariser Morgenzeitungen die Überschriften über den Bericht aus dem Haag. Sauerwein schreibt im „Matin“: „Niemand ist ein schwächeres Dokument von dem Ehrgeiz eines Mannes diktiert worden, der andererseits so viele hervorragende Eigenschaften besitzt. Dr. Schacht hat es nicht einmal für nötig befunden, seinen Brief durch ein Schriftstück zu ergänzen, das den Auslegungen und den Ergebnissen Rechnung trägt, die im Haag in den letzten acht Tagen festgestellt worden sind.“

Der Berichterstatter des „Petit Parisien“ erklärt, dass der Reichsbankpräsident der Konferenz nicht den Theatercouper vorbehalten wollte, den er seit dem 6. Dezember mit seinem berühmten Memorandum vorbereitet hatte.

Der Korrespondent des „Excelsior“ nennt das Vorgehen Dr. Schachts paradox und seine Stellung unhaltbar; denn nachdem er die Beteiligung der Reichsbank am Kapital der Reparationsbank abgelehnt habe, aber kurz darauf seine Mitarbeit als Vermittler zwischen den deutschen Banken, die den Anteil an dem Stammkapital übernehmen wollen und dem neuen internationalen Institut angeboten. Tardieu soll gestern abend gesagt haben:

Wir werden es nicht zulassen, dass die Aktion eines Bankdirektors das Werk von neunzehn Regierungen vernichtet, die im Haag versammelt sind, um den Frieden der Welt wiederherzustellen.

Die Haltung der deutschen Delegation, vor allem die des Reichsfinanzministers Curtius, wird in den Berichten der Pariser Zeitungen uneingeschränkt gelobt. Sauerwein stellt die paradoxe Tatsache fest, dass das Vorgehen Dr. Schachts eine sehr heilsame Wirkung gehabt habe. Sie hatte den grossen Vorteil, ein Geschwür zu leeren, unter dem die Verhandlungen litten.

Wirtschafts-Misstrauensvotum gegen Primo

Ein sehr deutliches Memorandum

MADRID, 14. Januar.

In Barcelona hat am Sonnabend eine ausserordentlich wichtige Besprechung der Vertreter aller wesentlichen Wirtschaftsverbände über das Währungsproblem stattgefunden. Heute haben Vertreter der führenden Vereinigung der „wirtschaftlichen Gesellschaft der Freunde des Vaterlands“ Primo de Rivera ein längeres Memorandum überreicht, das die Ansicht der beteiligten Handels-, Schiffs- und Landwirtschaftsindustrie- und anderer Wirtschaftskreise zusammenfasst.

Dieses Memorandum enthält die denkbar schwerste Verurteilung der Regierungspolitik. Genau wie die Regierung steht es auf dem Standpunkt, dass materielle Gründe für das Schwanken der spanischen Währung nicht vorliegen. Dagegen stellt es den

völligen Mangel an Vertrauen in die Massnahmen der Diktaturregierung

fest. Der Mangel an Vertrauen hat nach Ansicht der Barceloner Wirtschaftsführer den Gegenstoss ermöglicht. Schwere Verluste werden gegen den Finanzminister erhoben, und von der Kapitalflucht ist die Rede. Immer und immer wieder wird das Misstrauen gegen die Regierung hervorgehoben.

Vertagter Sklarek-Prozess

Unverständlicher Formalismus

Der frühere Bezirksbürgermeister von Mitte, Schneider, der bekanntlich im Oktober des vergangenen Jahres beschuldigt wurde, Beziehungen zu den Brüdern Sklarek unterhalten und sich der passiven Bestechung schuldig gemacht zu haben, hatte damals, obgleich die Beschuldigungen in allen Berliner Blättern standen, gegen die „Welt am Abend“ Privatklage angestrengt, in der heute Termin anstand. Zu dem Termin hatte der Vertreter der „Welt am Abend“ Willy Sklarek und den Staatsanwaltschaftsrat Weissenberger als Zeugen laden lassen. Auf diesen Antrag hin wurde von Amts wegen die heutige Hauptverhandlung aufgehoben mit der Begründung, dass erst das Straf- und Disziplinarverfahren gegen Schneider abgewartet werden müsse und zweitens Staatsanwaltschaftsrat Weissenberger keine Genehmigung zur Aussage erteilt werden könne. Nun hat aber Staatsanwaltschaftsrat Weissenberger bereits vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingehend über seine Ermittlungen ausgesagt, so dass also die Verweigerung der Aussagegenehmigung, begründet mit den in Frage kommenden Paragraphen der Strafprozessordnung, eigentlich vollständig gegenstandslos ist. Gegen den Beschluss ist daher Beschwerde eingelegt worden.

Kriegsächtung auch im Völkerbundspakt

Beratung des englischen Antrages in Genf — Zollfriedens-Konferenz am 17. Februar

GENF, 14. Januar.

Der Rat belasse sich heute vormittag mit dem bekannten britischen Antrag, das Kriegsverbot des Kellogg-Paktes in den Völkerbundspakt einzufügen unter Abänderung der in diesem enthaltenen Bestimmungen, die bis jetzt den Krieg zulassen.

Die Versammlung hatte die Einsetzung eines Komitees von elf Mitgliedern zur Behandlung dieser ersten grundsätzlichen Reform des Völkerbundpaktes beschlossen. Ueber die Zusammensetzung des Komitees, in dem jedenfalls die ständigen Ratsmitglieder vertreten sein werden, wird im Laufe der Tagung entschieden werden.

Der britische Staatssekretär Henderson wies auf den Unterschied in den Verpflichtungen der beiden Pakte hin, zwischen denen ein Widerspruch bestehe, der beseitigt werden müsse. Man habe behauptet, Grossbritannien habe kein Vertrauen mehr zum Völkerbundspakt und wolle ihn umstürzen. Der Redner wies diese Auffassung entschieden zurück. Grossbritannien glaube nach wie vor an den Völkerbundspakt und betrachte den Völkerbund in seiner Gesamtheit als unentbehrliches Werkzeug des Friedens. Es werde alles tun, was in seiner Macht stehe, um den Völkerbund zu unterstützen und weiter zu entwickeln.

Aber selbstverständlich bedürfe der Pakt im Laufe der Zeit beweisender Änderungen.

Brasilien unterstützte nachdrücklich den Standpunkt Hendersons, dass es notwendig sei, jene Anpassung vorzunehmen.

Früher habe man den Krieg als ein legitimes Mittel betrachtet, es sei jetzt unbedingt notwendig, ihn als ein Verbrechen zu behandeln.

Die Angleichung beider Pakte sei notwendig und durchführbar. Das einzusetzende Komitee müsse mit dem Sicherheitskomitee zusammenwirken.

Staatssekretär von Schubert hob die Wichtigkeit der Aufgaben des Komitees hervor. Die deutsche Regierung habe an der Lösung dieser Frage ein besonders grosses Interesse. Sie könne nur gefunden werden, wenn alle Argumente berücksichtigt würden, die zur richtigen Beurteilung des Fragenkomplexes notwendig seien.

Danach wurden Wirtschaftsfragen behandelt. Berichterstatter war Staatssekretär von Schubert.

Sodann wurde beschlossen, die Zollfriedens-Konferenz auf den 17. Februar einzuberufen.

